

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

226 (12.10.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frel Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Donnerstag, den 12. Oktober 1950

9r. 226

Wyschinsky schlägt Fünf-Mächte-Konferenz vor

Lake Success (UP). Die Sowjetunion schlug im politischen Ausschuss der UN-Vollversammlung formell vor, eine Konferenz der fünf Großmächte zur Beratung über die Sicherung des Weltfriedens einzuberufen und dem Sicherheitsrat eine ständige internationale Politzentrale zu unterstellen.

Mit dieser Anregung beantwortete Moskau den von den Vereinigten Staaten und sechs anderen Ländern ausgearbeiteten Plan, der Vollversammlung — in der es kein Vetorecht gibt — internationale Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, die von ihr gegen eine Aggression verwendet werden können, wenn sich der Sicherheitsrat als aktionsunfähig erweisen sollte.

Sprecher der Westmächte lehnten das Vorgehen des sowjetischen Außenministers ab und erklärten, Wyschinskis Vorschlag sei unannehmbar.

Churchill: „Das ganze Europa“

Vor über 4000 Zuhörern in Kopenhagen

Kopenhagen (UP). „Das Europa, das wir wollen, ist ganz Europa, das auch die Europäer umfaßt, die heute in den Satellitenstaaten der Sowjetunion leben“, erklärte Winston Churchill vor 4000 Zuhörern in Kopenhagen. „Wir wollen wieder ein Europa aufbauen, dessen Bewohner stolz bekennen: Ich bin Europäer“. Bis wir nicht eine arbeitsfähige Weltregierung haben, sind die Aussichten auf Frieden düster und zweifelhaft. Ohne ein vereintes Europa besteht aber keine Aussicht auf eine Weltregierung.“

Truman zu McArthur abgereist

Treffpunkt vermutlich Wake-Insel — Verteilung der US-Streitkräfte Hauptthema der Beratungen?

Washington (UP). Präsident Truman flog aus Washington ab, um im Pazifik mit General Douglas MacArthur zusammenzutreffen. Die Zusammenkunft wird, wie zuverlässige Kreise erklärten, auf der Wake-Insel stattfinden.

Wie in Washington verlautet, wird die Verteilung der amerikanischen Streitkräfte zwischen dem Fernen Osten und Europa ein Hauptgegenstand der Beratungen sein. Truman wird vermutlich darauf hinweisen, daß ein Teil der in Korea gebundenen Streitkräfte in Europa benötigt werde, sobald der dortige Krieg beendet sei. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß McArthur sich damit einverstanden erklären werde, die Truppen baldmöglichst aus Korea zurückzuziehen. Dagegen könnten sich Meinungsverschiedenheiten in der Frage Formosa ergeben. Während McArthur stets auf die strategische Bedeutung dieser Insel hingewiesen hat, ist die amerikanische Regierung bisher nicht bereit gewesen, sich in dieser Frage festzulegen und beabsichtigt, sie den UN zur Entscheidung zu überlassen.

Für „Mitläufer“ erlaubt?

Beamte des State Department äußerten, daß das Austauschprogramm zwischen den USA und Deutschland durch das neue amerikanische Gesetz, das Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern totalitärer Organisationen die Einreise nach USA verweigert, „relativ unberührt“ bleiben werde. „Nominal-Mitglieder“ ehemaliger nazistischer Organisationen dürfen wahrscheinlich einreisen, würden jedoch registriert. Dagegen werde kein Deutscher, der bei der Entnazifizierung in eine höhere Kategorie als der der „Mitläufer“ eingestuft wurde, eine Einreiseerlaubnis erhalten.

Acheson bleibt dabei

Außenminister Acheson erklärte in einer Pressekonferenz, die USA händen weiterhin zu ihrem Plan, die Deutschen in eine gemeinsame westeuropäische Verteidigungsstreitmacht einzugliedern. Er bezeichnete die aus Paris kommende Nachricht als falsch, wonach er Frankreich ultimativ aufgefordert habe, den Widerstand gegen die amerikanischen Pläne für die Wiederbewaffnung Deutschlands aufzugeben, widrigenfalls die USA keine weiteren Divisionen in Europa stationieren würden.

Der französische Verteidigungsminister Moch traf inzwischen in Washington ein. Vor der Presse sagte er: „Ich bin gekommen, um Beratungen über die französische Aufrüstung zu führen. Über andere Gegenstände werden wir nicht sprechen, nicht einmal über Deutschland.“

Vargas führt weiter. Nach Zählung von ungefähr einem Drittel der bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien abgegebenen Stimmen liegt der ehemalige brasilianische Präsident Vargas immer noch in 2:1-Führung vor seinem Rivale.

Indonesien will nicht. Die indonesische Regierung hat ein Anerbieten der Indonesienkommission der UN, den Versuch zur Schlichtung des Streitfalles zwischen Indonesien und der separatistischen Molukken-Republik zu unternehmen, abgelehnt.

Lehr neuer Innenminister

Vom Bundespräsidenten auf Vorschlag Adenauers ernannt — Hauptaufgabe: Innere Sicherheit

Bonn (UP). Bundespräsident Heuss hat den CDU-Abgeordneten des Bundestages Dr. Robert Lehr zum neuen Bundesinnenminister ernannt und gleichzeitig dem Rücktrittsgesuch Dr. Heilmanns stattgegeben. Er kam damit einem Vorschlag des Bundeskanzlers und dem Wunsch des bisherigen Innenministers nach.

Der neue Bundesinnenminister, versicherte unmittelbar nach seiner Ernennung, daß er es als seine wichtigste Aufgabe ansehe, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Der ehemalige Oberpräsident Dr. Lehr ist einer der Mitbegründer der CDU. Er wurde am 20. August 1883 in Celle geboren, studierte Jura und bekleidete schon vor 1933 zahlreiche hohe Verwaltungsstellen, (u. a. war er 1924 Oberbürgermeister von Düsseldorf). Gegenwärtig ist Lehr, der zahlreiche akademische Würden besitzt, u. a. Vorstandsmitglied der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Erste Vorbereitungen

Die alliierte Hohe Kommission hat den Bundesjustizminister gebeten, Vertreter für einen gemeinsamen Ausschuss zu benennen, der die juristischen Vorbereitungen zur Beendigung des Kriegszustandes treffen soll. In einem Schreiben an Minister Dehler heißt es, daß alle nach deutschem Gesetz notwendigen Maßnahmen ergriffen werden müßten, ehe die Westmächte in ihren Ländern die erforderlichen gesetzlichen Schritte unternehmen könnten. Aus der deutschen Gesetzgebung solle daher jede Bestimmung gestrichen werden, die sich auf den Kriegszustand und seine Folgen beziehe.

Nicht vor Weihnachten

Die Ausarbeitung eines neuen Petersberg-Abkommens zwischen der alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung wird sich, wie von unterrichteter Seite verlautet, über wenigstens acht Wochen erstrecken, so daß mit der Unterzeichnung des Dokuments

In Sachen Wiederaufrüstung:

Adenauer gegen Volksabstimmung

Der Kanzler erklärt: „Regierung ging keine Verpflichtung zur Aufstellung von Divisionen ein“

Bonn (UP). „Die Bundesregierung ist keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich der Aufstellung deutscher Divisionen eingegangen, sondern hat den Westalliierten mitgeteilt, daß diese Frage nur der Bundestag entscheiden könne.“

Mit dieser Feststellung wandte sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Rundfunkansprache über alle Sender des Bundesgebietes gegen die Behauptung, er habe den Alliierten konkrete Vorschläge über eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands gemacht. Selbst der Bundestag, so betonte der Kanzler, könne eine solche Entscheidung nur treffen, wenn der Bundesrepublik „genau und offiziell“ Fragen seitens der Westalliierten gestellt würden. Ob und wann solche Fragen gestellt werden, müsse man abwarten.

In längeren Ausführungen zum Thema Reaktivierung wandte sich Adenauer auch gegen den Vorschlag, über diese Frage eine Volksabstimmung durchzuführen. Er sagte wörtlich: „Es ist die Rede davon, daß eine Volksabstimmung stattfinden müsse. Das Grundgesetz kennt keine Volksbefragung und kennt auch keine Auflösung des Bundestages, abgesehen von einem besonderen, hier nicht vorliegenden Fall.“ Mit Nachdruck wies der Kanzler die in Reden, Artikeln und Briefen vorgebrachte Behauptung zurück, daß unter seiner Autorität die Wiederaufrüstung Deutschlands „mit Hochdruck“ anlaufe. Diese Behauptung sei „frei erfunden“.

Im gleichen Zusammenhang wandte sich Adenauer auch gegen die Unterstellung, daß er mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy oder einem anderen alliierten Hohen Kommissar bereits Abmachungen getroffen habe, denen zufolge alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen sei. „Eine solche Behauptung ist — ich will mich vorsichtig ausdrücken — mehr als absurd. Man sollte sich davor hüten, das Ausland in einer solchen Weise zu verletzen.“

Der Bundeskanzler ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die weitpolitische Entwicklung ein und hob die Bedeutung der westalliierten Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik — vor allem im Hinblick auf die „ersten Warnzeichen“ aus der Sowjetzone — hervor.

Adenauer wiederholte dann die Versicherung des französischen Hohen Kommissars François-Poncet, daß die alliierten Truppenverstärkungen nicht als Besatzungstruppen, sondern als Sicherheitskräfte nach Deutschland kämen.

„Natürlich wird ihre Anwesenheit für uns

kaum vor Weihnachten gerechnet werden kann. Das zweite Petersbergprotokoll soll die in der New Yorker Außenministerkonferenz beschlossenen Erleichterungen und Verpflichtungen für die Bundesrepublik festlegen und wird wahrscheinlich in Form von mehreren Verträgen unterzeichnet werden. Inzwischen haben die ersten deutsch-alliierten Besprechungen begonnen, die sich mit Einzelfragen für die Ausarbeitung des neuen Abkommens beschäftigen.“

„Nicht neutral bleiben“

Kirkpatrick und François-Poncet sprachen

Frankfurt (UP). Deutschland könne in der jetzigen Situation nicht neutral bleiben, sondern müsse sich für die eine oder andere Seite entscheiden, erklärte der britische Hobe Kommissar Sir Kirkpatrick auf der Tagung der 400 Kreisverbindungsoffiziere und Besatzungsbeamten in Frankfurt. Die Deutschen, so bemerkte Kirkpatrick im Verlauf seiner Ausführungen, seien leider sehr schwierige Partner, da sie nicht gewillt seien, Kompromisse zu schließen. Außerdem glaubten sie, vorher hundertprozentige Sicherheiten und Garantien verlangen zu müssen. Zu einer echten Partnerschaft gehöre aber die Teilung der gemeinsamen Verantwortung und die Übernahme von Opfern und Verpflichtungen.

Brüderlichkeit unter den modernen Völkern, ein einiges Europa und eine intensive deutsch-französische Zusammenarbeit als die Hauptvoraussetzungen für die Schaffung einer friedlichen, neuen Welt, forderte der französische Hobe Kommissar François-Poncet vor Dozenten und Studenten der Universität Bonn. In seiner Rede, mit der er die Richtlinien für die „große Mission der jungen Generation“ zeichnen wollte, appellierte er an die deutsche Jugend, sich nicht vom politischen Leben fernzuhalten. Die Jugend müsse sich endlich von der Auffassung freimachen, daß Politik eine nutzlose und ermüdende Beschäftigung einiger weniger sei.

soen manne Unbequemlichkeit bringen“, meinte er. Die zusätzlichen Bürden seien jedoch leichter zu tragen, wenn man bedenke, daß man das große Gut der Sicherheit dafür eintausche. An das Ausland richtete der Kanzler die Bitte, bei Reden und Veröffentlichungen über die Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung des Westens zu bedenken, „daß das deutsche Volk sehr empfindlich auf den Ton dieser Ausführungen achte“.

Abschließend erklärte er, daß das deutsche Volk zwar den Frieden über alles liebe, aber auf der anderen Seite auch wisse, was Sklaverei bedeute.

Kanzler trifft Hobe Kommissare

Dr. Adenauer trifft am Donnerstag erneut mit den Alliierten Hohen Kommissaren zusammen. In alliierten Kreisen wird vermutet, daß die Anwendung und Auslegung der New Yorker Beschlüsse Gegenstand der Besprechungen sein werde.

Mit Messern und Stahlrohren ...

Überfall auf sozialistische Versammlung

Wien (UP). In dem in der sowjetischen Zone Österreichs liegenden Ort Dornkrut fielen Kommunisten, die mit Kraftwagen der russischen Armee von den Zistersdorfer Ölfeldern gekommen waren, mit Messern, Stahlrohren und Prügeln über die Teilnehmer an einer Versammlung der Sozialistischen Partei her. Bei der Schlägerei, die nahezu zwei Stunden dauerte, wurden der Bürgermeister des Ortes sein Stellvertreter und ein sozialistischer Abgeordneter so schwer verletzt, daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Als die Zusammenstöße begannen, war nicht ein einziger Polizist zur Stelle, da der sowjetische Ortskommandant die Polizei von Dornkrut einige Stunden zuvor nach einem anderen Ort geschickt hatte.

Der österreichische Bundeskanzler, Figl, teilte seinem Kabinett mit, daß die Sowjet-Behörden die Freilassung aller Kommunisten gefordert haben, die in ihrer Besatzungszone während der Streiks und Demonstrationen in der vergangenen Woche von der österreichischen Polizei verhaftet wurden.

Leopold in Italien eingetroffen. König Leopold von Belgien traf in Begleitung seiner Gattin, in dem oberitalienischen Heilkurort Abano Terme ein, wo er mehrere Wochen zu bleiben gedenkt.

Bao Dai will nach Indochina zurückkehren. Kaiser Bao Dai, der Staatsoberhaupt von Vietnam, wird demnächst in seine Heimat zurückkehren, nachdem er sich verschiedene Monate in Frankreich aufgehalten hat.

Seiltanz zwischen Ost und West

Nach Mitteilungen aus Washington und London erwägen gegenwärtig Großbritannien und die Vereinigten Staaten die unverzügliche Durchführung von freiwilligen Lebensmittel-spendungen nach Jugoslawien, um mitzuhelfen, die gegenwärtig herrschende Lebensmittelknappheit zu überbrücken.

Wenn Politik in der Kunst besteht, aus der Not eine Tugend zu machen, dann gehört Tito in die Reihe der großen Staatsmänner dieses Jahrhunderts. Jugoslawien befindet sich durchaus nicht in der resignierten Lage, wie es die Staatspropaganda des kommunistischen Regimes den vereinigten Völkernschaften der Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken, Montenergriner und Mazedonier klarzumachen versucht. Über den Eisernen Vorhang, der Jugoslawien auf drei Seiten von den treuen Satelliten Moskaus trennt, klingt ständig drohendes Kriegsgeschrei herüber, wenn auch alle russischen Anstrengungen, dem Renegaten Tito von außen oder von innen her den Garau zu machen, bisher ohne Erfolg geblieben sind. Schwerer wiegt die bedrückte wirtschaftliche Lage des Landes. Die Planwirtschaft hat Schiffbruch gelitten, die offene Feindseligkeit der kroatischen Bauern gegen die staatliche Getreideerfassung und zugleich eine schlechte Ernte zwingen die jugoslawische Regierung, beim Westen um Lebensmittellieferungen vorstellig zu werden. Außerdem braucht Tito dringend Kredite für die Fortführung seines Industrialisierungsprogramms, das zu den Grundpfeilern seiner Wirtschaftsordnung gehört.

Trotzdem haben bis heute gewisse westliche Hoffnungen getragen, der Zwiespalt zwischen Belgrad und Moskau müsse im Endeffekt eine „Demokratisierung“ des Regimes zur Folge haben und Jugoslawien zu einem Brückenkopf des Westens im Vorfeld des russischen Herrschaftsbereiches machen. Tito hat gelegentlich solchen Lockrufen mit aller Deutlichkeit die Erklärung entgegengestellt, daß er Kommunist sei und bleibe. Und wenn man sich näher mit der ideologischen Richtung Belgrads befaßt, kommt man zu dem Ergebnis, daß sich Tito als Reformator und Reiner der kommunistischen Lehre fühlt, die in ihrer russischen Heimat verflücht und verdorben worden sei.

Der Korea-Konflikt gab den kommunistischen Dialektikern in Belgrad eine harte Nuß zu knacken. Es vergingen drei Monate, ehe sich das jugoslawische Politbüro zu einer klaren Stellungnahme durchgerungen hatte. Außenminister Kardelj gab erst Anfang September eine ebenso geschickte wie interessante Erklärung ab. Er brachte es fertig, der „antikolonialen Befreiungs- und Einigungsbewegung“ der Nordkoreaner uneingeschränkte Sympathien zu bekunden und gleichzeitig Sowjetrußland als Anstifter des Krieges in Korea imperialistischer Ziele zu beschuldigen. Jugoslawien beteiligte sich zwar nicht an der Verurteilung des nordkoreanischen Angriffs durch die UN, ließ aber beifällig seine Zustimmung mit deren Maßnahmen erkennen. Diese Haltung war geeignet, jedem Teil das Seine zu geben: den Nordkoreanern, den Russen und den Amerikanern. Und für Tito war es eine Gelegenheit, sich im allgemeinen Widerstreit der Gefühle der Welt als neuer Salomo zu präsentieren.

Diese Mischung kommunistischer Sophistik und serbischer Bauernschlauheit hat die im westlichen Lager vorhandenen Sympathien für Tito keineswegs beeinträchtigt. Amerikanische und englische Besucher geben sich z. B. die Türklinke des „Weißen Schlosses“ auf dem im Kranze herbstlicher Wälder prägnanten Königshügel Dedinje bei Belgrad in die Hand.

Zu den 90 Millionen Dollar, die Tito schon früher von amerikanischer Seite in Anspruch genommen hat, sind jetzt weitere 25 Millionen Dollar von einer 100-Millionen-Anleihe der Internationalen Bank gekommen. Während das Schwergewicht der Beziehungen Titos zu den USA auf finanziellen Gebiet liegt, versucht es das weniger wohlhabende England mit Appellen an verschwommene Gemeinsamkeiten der politischen Gefühle. Aus Berichten von Besuchern englischer Minister und Politiker in Belgrad gewinnt man den Eindruck, daß man in London hofft, die jugoslawische Ausgabe des Kommunismus dem Sozialismus der Labour-Regierung annähern zu können.

Tito hat bisher die unsehnlichen Gastgeschenke von amerikanischer und britischer Seite mit einigen Gefälligkeiten und unverbindlichen Versprechungen erwidert. Die Hoffnungen auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland, mit deren Hilfe sich vielleicht der jetzige Brückenkopf des Westens zu einem Stützpunkt auf dem Balkan ausbauen ließe, wurden ebenso wenig erfüllt wie Titos Zusagen für eine Bereinigung des Kirchenproblems in seinem

Lande. Auf der anderen Seite hat der Eifer westlicher Diplomaten die Versuchung für Tito verstärkt, nicht nur aus dem Gegensatz zwischen Osten und Westen, sondern auch aus der Eifersucht zwischen den USA und Großbritannien im Nahen Osten zu profitieren. Diese unerwartete Gunst des politischen Schicksals setzt den Marshall in die Lage, seinen Seitensatz zwischen den Fronten erfolgreich fortzusetzen und aus seiner Isolation ein Geschäft zu machen, um das ihn die kommunistischen Nachbarn im Osten ebenso wie die demokratischen Nachbarn im Westen sicherlich beneiden.

F.B.

Verteidiger erinnert an französischen Armeebefehl

Brüssel (UP). In der Verhandlung gegen den ehemaligen General von Falkenhäusen erinnerte einer der Verteidiger an einen nach der Befreiung Straßburgs erlassenen französischen Armeebefehl, für jeden von antifranzösischen Partisanen getöteten französischen Soldaten fünf Geiseln zu erschließen. In dem Befehl war weiter angeordnet worden, daß jeder irreguläre Kämpfer, der festgenommen werde, sofort zu erschließen sei. Auch Personen, die solchen Kämpfern Unterschlupf gewährten, seien hinzuzurechnen. Der Verteidiger berief sich auf diesen Befehl, um damit Falkenhäusen zu entlasten, dem bekanntlich vorgeworfen wird, in seiner Eigenschaft als Militärbefehlshaber Belgien-Nordfrankreich die Hinrichtung von 240 Belgiern gebilligt zu haben.

Von Kraushaar, einer der Mitangeklagten Falkenhäusens, berichtet, daß Falkenhäusen, als er den Befehl erhielt, für jeden von Widerstandskämpfern getöteten deutschen Soldaten zwischen 50 und 100 Geiseln erschließen zu lassen, ausgerufen habe: „Niemals“. Der Mitangeklagte Reeder habe erklärt, man müsse einen Ausweg finden. Im Jahre 1943 sei ein persönlicher Vertreter Himmlers nach Belgien gekommen und habe Falkenhäusen und Reeder angewiesen, alle Flamen für den Dienst in der deutschen Wehrmacht einzuberufen. Dieser Befehl sei niemals ausgeführt worden.

„Per Anhalter“ durch die Luft

Tolltes Abenteuer eines jungen Mexikaners. Mexico City (UP). Der 19-jährige Reyes Guerrero kann für sich in Anspruch nehmen, als erster Mensch „per Anhalter“ durch die Luft gereist zu sein. Kurz bevor eine Maschine der mexikanischen Luftverkehrsgesellschaft auf die Startbahn des Flugplatzes von Torreón rollte, kletterte der Junge in das Leitwerk und hielt sich dort fest. Da er es verstand, Hände und Füße von den beweglichen Teilen fernzuhalten, ahnte der Pilot nichts Böses, bis die Maschine in Mexico City landete. Dem Bodenpersonal meldete er allerdings, daß das Flugzeug ausgeprochen schwanzlastig gewesen sei. Doch des Rätsels Lösung wurde gefunden, als man den blinden Passagier auf dem Leitwerk entdeckte. Von seiner Bekleidung war nur noch wenig übrig geblieben.

Spezialisten des Nervenkitzels

Hollywood braucht Selbstmordkandidaten — Die Lebensversicherungen bedauern

Hollywood braucht nicht nur Stars — es braucht auch Selbstmordkandidaten. Zahllos sind die namenlosen Statisten, die in wilden Abenteuer-, Wildwest- oder Gangsterfilmen irgendein atemberaubendes Kunststück vollbringen, das für den Zuschauer sekundentlangen Nervenkitzels, für den Betreffenden aber vielleicht lebenslanges Krüppeldasein oder den Tod bedeutet. Denn nur die wenigsten Unfälle, Flugzeugabstürze oder tollkühnen Sprünge sind Trickaufnahmen. Weitmas mehr liebt man es in Hollywood, Originalaufnahmen zu bieten, auch wenn diese etwas teurer kommen.

Drei der aussichtsreichsten Selbstmordkandidaten der kalifornischen Filmmetropole sind gegenwärtig die Piloten Paul Mantz, Frank Clarke und Tex Rankin. Wobei der Letztere erst vor kurzem schwer verletzt wurde. Während andere Piloten das Bestreben haben, ihr Flugzeug möglichst unbeschädigt auf die Erde zu bringen, ist es das Ziel dieser Flieger, gerade das Gegenteil zu erreichen. Das Flugzeug muß auf jeden Fall kaputt gehen. Und das in möglichst sensationallyer, dem Filmmannskript entsprechender Weise. Um dies sicher zu erreichen, sind ihnen auch die unmöglichsten „Landplätze“ vorgeschrieben: ein fahrendes Auto zu rammen, ein Haus anzufliegen und etwas unterhalb des Schornsteines oder durch ein Fenster zu landen und was dergleichen Kunststücke mehr sind. Mantz ist Oberst der amerikanischen Luftwaffe und gilt als einer ihrer kühnsten Flieger. Clark bekleidet den Rang eines Majors. Eine Lebensversicherungs-Police hat jedoch keiner von ihnen in der Tasche: den Versicherungsgesellschaften sind ihre Kunststücke zu riskant!

Achtzehn Maschinen hat Tex Rankin bereits kaputt geflogen. Gilt er doch als Spezialist im Rammen von Häusern. „Es ist ganz einfach“, erklärte Paul Mantz kürzlich, als er wieder aus einer total demolierten Maschine unverletzt hervorkroch. „Man muß es nur richtig anfangen!“ Und erläuterte dann das Wie: Das Flugzeug muß mit niedriger Geschwindigkeit anfliegen und es gilt vor allem, die Maschine stets in der Hand zu behalten. Auch auf absolut horizontale Lage ist zu achten. Dann aber kommt es darauf an, nicht mit dem Motor, sondern mit einer Tragfläche zuerst das zu ramrende Objekt zu treffen. Im Augenblick des Zusammenpralls dürfen sich in den Taschen keine harten Gegenstände befinden, die Augen müssen offen bleiben, man muß steif aufgerichtet sitzen und Nacken und Augen mit den Händen schützen. Das ist alles. Ganz einfach also! Die lange Liste derer, die das gleiche Kunststück mit weniger positivem Erfolg versuchten, erzählt allerdings das Gegenteil.

Industrie finanzierte Wahlkampf

Nicht nur Bayernpartei erhielt Gelder - „Spiegel“-Protokoll von weiteren Zeugen bestätigt Neue Enthüllungen in der Bestechungsaffäre

Bonn (UP). Die Finanzierung von Wahlkämpfen politischer Parteien durch die Industrie und andere Zweige der Wirtschaft gab der Frankfurter Syndikus Heinrichsbauer vor dem Bundestagsausschuß zur Untersuchung der Bestechungsvorfälle zu.

Die KPD und SPD haben nach Angaben des Zeugen von seinen Geldgebern keine Mittel erhalten. Die Wahlgelder seien nicht über sein Frankfurter Büro, sondern über ihn persönlich gelaufen und er habe dafür keine Quittungen empfangen. An wen die Gelder im einzelnen gezahlt worden sind, konnte sich Heinrichsbauer „nicht erinnern“. Mit Nachdruck wies er jedoch den Vorwurf zurück, daß einzelne Abgeordnete solche Gelder für persönliche Zwecke erhalten hätten und behauptete, daß die Mittel „nur für Wahlkämpfe“ zur Verfügung gestellt worden seien. Der Münchener Konsul Schmidhuber habe von ihm im Zusammenhang mit der Kulmbacher Nachwahl 5000 DM erhalten, um die bürgerlichen Parteien in dieser Wahl zu unterstützen, als deren Kandidat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Johannes Semler, seinerzeit aufgetreten war. Mit dem Bundestagsabgeordneten Donnhäuser und Aumer sei er verschiedentlich zusammengetroffen, wobei Donnhäuser auch nach „Möglichkeiten“ gefragt habe, wie er seine Wahlschulden bezahlen könne. Er habe Donnhäuser jedoch nicht einen Pfennig gegeben.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung teilte Heinrichsbauer mit, daß auch von anderen Stellen Wahlgelder gezahlt worden seien. Er nannte in diesem Zusammenhang den Kölner Bankier Pierdmenges. Mit dem Vorsitzenden der Bayernpartei, Baumgartner, sei er nur ein einziges Mal zu einer Konferenz zusammengetroffen, in der dieser eben-

falls um Geld gebeten habe, ohne jedoch Zuwendungen zu erhalten.

„Was kostete es, wenn...“

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab der Abgeordnete der Bayernpartei Mayerhofer zu, von seinem Fraktionskollegen Aumer etwa vier Wochen nach der Abstimmung Bonn-Frankfurt eine Summe von 1000 DM „zur Unterstützung seiner Wahlkreise“ erhalten zu haben. Daß die Geldquelle die Erdölindustrie gewesen sei, will er erst später erfahren haben.

Der Fraktionsvorsitzende der Bayernpartei im Bundestag, Dr. Seelos, erklärte, er könne sich nicht entsinnen, daß die Parteien bei einer Abstimmung für Bonn Geld erhalten sollten. Die beiden Zeugen der WAV, Schmidt und Löffel, sagten übereinstimmend aus, daß an ihre Partei keinerlei Zuwendungen gemacht worden seien. Allerdings sei dem Vorsitzenden Loritz die Frage vorgelegt worden, was es kostete, wenn die WAV für Bonn stimme. Loritz habe dem Fragesteller dafür Ohrfeigen angeboten. Er soll hierzu in der nächsten Sitzung vernommen werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Generalsekretär der Bayernpartei, der Bundestagsabgeordnete Falkner, den Inhalt des im „Spiegel“ veröffentlichten Gedächtnisprotokolls über eine Unterredung zwischen Baumgartner, Aumer und ihm bestätigt. Die angebliche Unterredung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Baumgartner über die Möglichkeiten einer „Delegation“ von Stimmen der Bayernpartei stand — nach Aussagen Falkners — nicht im Zusammenhang mit der Hauptstadtwahl, sondern wahrscheinlich mit der Wahl des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers.

„Bonn spricht für Deutschland“

Amerikanischer Hoher Kommissar schreibt Tschukow: „Sowjetzonen-Wahlen keine rechtliche Sanktionierung des ostdeutschen Gebietes“

Frankfurt (UP). Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy betonte in einem an General Tschukow, den sowjetischen Oberkommandierenden in Deutschland, gerichteten Schreiben, weder die amerikanische Regierung noch die deutsche Bundesregierung noch das deutsche Volk könnten die am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen in der Ostzone als „rechtliche Sanktionierung des ostdeutschen Regimes“ anerkennen.

McCloy bezog sich dabei auf sein Schreiben vom 25. Mai, worin er Tschukow um Weiterleitung von Vorschlägen über die „Durchführung von freien, demokratischen und geheimen Wahlen in ganz Deutschland“ an die Sowjetregierung ersucht hatte. Seinem Schreiben lag ferner der Text eines von Bundeskanzler Adenauer an die alliierte Hohe Kommission gerichteten Briefes bei, der die Aufmerksamkeit der westlichen Alliierten auf den Bundestagsbeschuß vom 14. September lenkt, worin die Besatzungsmächte um „Vorkohrungen für die Durchführung von Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament“ ersucht werden.

Unter Hinweis auf diese Bonner Forderungen schreibt McCloy: „Die Bundesregierung ist eine vom Volk frei gewählte Regierung, der seitens meiner Regierung die Berechtigung zuerkannt wird, im Namen

Deutschlands zu sprechen. Die innen anbei übermittelten Dokumente verleißen dem vorberühmten Willen des deutschen Volkes Ausdruck und ich möchte sie daher Ihrer Aufmerksamkeit und Ihrer Regierung empfehlen.“

Die Stimme des Volkes

Weit über 300.000 Ostberliner haben bis jetzt durch Überredung und Stammabschnitten an das Westberliner Rathaus Schöneberg ihre Stimmen für den Westen abgegeben. Die endgültige Stimmenzahl wird am Donnerstag durch Oberbürgermeister Reuter bekanntgegeben werden. Inzwischen hat der Magistrat des Ostsektors zu einem „Gegenschlag“ ausgeholt und mitgeteilt, daß auf die Stammabschnitte der September-Lebensmittelkarte in Verbindung mit den gleichen Abschnitten der Oktoberkarten ein Paar Damenstümpfe, Herrensocken oder Kinderstrümpfe bezogen werden könnten.

Mehr US-Truppen für Berlin

Der amerikanische Oberbefehlshaber in Europa, General Eddy, gab bekannt, daß die neu eintreffenden amerikanischen Truppen zunächst die Berliner Garnison verstärken würden, um Berlin im Falle eines Angriffs zu verteidigen.

Nordkorea lehnt Uebergabe ab

Langsamer Vormarsch gegen Verteidigung — UN-Angriffspitzen 120 Kilometer vor Pyonyang

Tokio (UP). Die nordkoreanische Regierung hat die Übergabeforderung des Oberbefehlshabers der UN-Streitkräfte, General McArthur, abgelehnt und ihren Truppen den Befehl gegeben, „bis zum Letzten zu kämpfen“.

Die erste amerikanische Kavalleriedivision, der sich britische und australische Einheiten anschließen, hat auf ihrem Vormarsch in Nordkorea eine Strecke von ungefähr 19 Kilometer zurückgelegt und die kleine Stadt Yuga eingenommen. Die Amerikaner mußten sich zweier heftiger Angriffe nordkoreanischer Verbände erwehren, die mit fanatischer Besessenheit ohne Rücksicht auf Menschenopfer vorgetrieben wurden.

Am nordöstlichen Ende der 240 Kilometer langen Schlachtfreit haben die dritte und die Hauptstadt-Division der Republik von Korea, die Wonsan eroberten, die Verfolgung der nach Norden und Westen geflüchteten Nordkoreaner aufgenommen. Wonsan selbst wird noch aus kommunistischen Artilleriestellungen von den die Stadt umgebenden Höhen beschoßen.

Die Streitkräfte der Vereinten Nationen befinden sich jetzt aus zwei Richtungen im Anmarsch auf die nordkoreanische Hauptstadt Pyonyang. Während die südkoreanischen Divisionen von Wonsan aus, das auf beinahe gleicher Höhe 120 Kilometer östlich von Pyonyang liegt, sich in Marsch auf die Stadt gesetzt haben, greifen die Amerikaner, Briten und Australier von Süden her an. Ihre Angriffspitzen stehen noch ungefähr 120 Kilometer von Pyonyang entfernt.

Reichchina droht erneut

Zum zweiten Mal innerhalb von zehn Tagen wies das kommunistische China durch einen Sprecher des Peiping Außenministeriums die Vereinigten Staaten darauf hin, daß es „nicht müßig zuschauen könne, wie man in Korea einfallt“.

Berichte, die in den Besitz diplomatischer Kreise Londons gelangten, deuten darauf hin, daß das kommunistische China unter Umständen einen langs der mandchurischen Grenze verlaufenden Streifen Nordkoreas besetzen werde, um der nordkoreanischen Re-

gierung im Falle ihrer Flucht einen Regierungssitz auf koreanischem Gebiet zu sichern. Man vermutet, daß gleichlautende Informationen auch den Vereinigten Staaten zugegangen seien und daß diese Angelegenheit bei dem angekündigten Zusammentreffen Truman mit McArthur zur Sprache kommen werde. Ein hoher britischer Diplomat erklärte dazu, es habe nach dem gegenwärtig vorliegenden Informationen den Anschein, als sei es der Peipingregierung hauptsächlich darum zu tun, mit der Durchführung eines entsprechenden Entschlusses das Gesicht zu wahren.

Millionenraub in Marseille

Bewaffnete Räuber überfielen Geldtransport Marseille (UP). Fünf bewaffnete Räuber überfielen ein Auto der Sozialversicherungsanstalt und raubten 15 Millionen Francs in Banknoten, die zur Auszahlung an unterstützungsberechtigte Familien bestimmt waren.

Gestohlenes Radium wiedergefunden. Die Reisetasche mit 200 Milligramm Radium, die kürzlich aus einem französischen Zuge gestohlen wurde, ist in Saint-Etienne wiedergefunden worden. Einzelheiten über den Fund wurden nicht bekanntgegeben.

Britisch-deutsches Zahlungsabkommen Großbritannien gab den Abschluß der britisch-deutschen Besprechungen über ein neues Zahlungsabkommen zwischen den beiden Ländern bekannt. Das Abkommen entspricht den Bedingungen des europäischen Zahlungsabkommens. Ein entsprechendes „Communiqué“ wird veröffentlicht werden.

Handelsabkommen zwischen Reichchina und DDR.

Ein Handelsabkommen zwischen dem kommunistischen China und der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1951 wurde in Peiping unterzeichnet. China wird im Rahmen dieses Abkommens Rohmaterialien liefern und dafür industrielle Erzeugnisse aus der DDR einführen.

Erhard fordert Leistungssteigerung

„Die deutsche Wirtschaft muß ihre Leistungen steigern, damit die deutschen Opfer für die europäische Verteidigung keine zu große Beschränkung des zivilen Bedarfs erforderlich machen“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Erhard vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Köln. Der Minister forderte eine Erhöhung des Sozial-Produkts von gegenwärtig 90 Milliarden auf 110 Milliarden jährlich. Die Rohstoffpreis-Erhöhung auf dem Weltmarkt müsse durch Rationalisierung und verstärkte Produktivität ausgeglichen werden. Erhard betonte, daß die Bundesregierung die D-Mark auf jeden Fall stabil erhalten wolle. Durch die geordnete Finanzwirtschaft werde auf die Dauer keine Möglichkeit zu Preissteigerungen bleiben. Auswüchsen und Spekulationen werde man durch stoßweise Befeuerung des Marktes — aus dem großzügigen Einfuhrprogramm — begegnen.

Freier Schiffsbau für Export

Die alliierte Hohe Kommission hat der Bundesregierung mitgeteilt, daß entsprechend den New Yorker Beschlüssen alle Beschränkungen im Exportschiffsbau aufgehoben seien. Die für den Export gebauten Frachtschiffe unterliegen künftig keinen Einschränkungen mehr hinsichtlich ihrer Größe, Geschwindigkeit und Anzahl. Sie werden von alliierten Sicherheitsamt lediglich auf Bewaffnungsmerkmale hin untersucht.

DGB wünscht Baukostensenkung

In einem Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder aufgefordert worden, darauf hinzuwirken, daß in Zusammenarbeit mit allen für die Bauwirtschaft verantwortlichen Stellen Maßnahmen zu einer echten Baukostensenkung getroffen werden.

Die Verhandlungen zur Streikbeilegung

Gemäß dem Beschluß der Ländertarifkommission und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr trafen in Königstein die zwei technischen Kommissionen zusammen, um die Einzelheiten der neuen Lohnvereinbarungen festzulegen. Die Löhne und Gehälter für die Angestellten und Arbeiter der Bundesbehörden sollen in erneuten Verhandlungen zwischen dem Tarifausschuß des Bundes und den Gewerkschaften in Bonn ausgehandelt werden. Wie Konferenzteilnehmer erklärten, hat die Tarifgemeinschaft der Kommunisten aufgegeben, um auf der Basis der Königsteiner Beschlüsse zu ähnlichen Lohnvereinbarungen in den Kommunen zu gelangen wie in den Ländern.

Bonn: Es ist alles da!

127.000 Tonnen Fleisch aus Eigenzeugung (ohne Hausfleischungen) standen laut Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums im September dem deutschen Markt zur Verfügung. Der Schweineauftrieb betrug in der dritten Septemberwoche 45.000 Stück, 23.200 Tonnen Butter befanden sich der gleichen Quelle zufolge Ende September in der Westreserve. Der Monatsverbrauch in Westdeutschland wird auf etwa 23.200 Tonnen (trocken) ein Pfund je Kopf der Bevölkerung geschätzt. Neben 5.000 Tonnen Butterimporten stand im September eine Eigenproduktion von 23.500 Tonnen zur Verfügung. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ist die Produktion um 18,5 Prozent gestiegen.

Schutzverband Deutscher Automobilbesitzer

Ein „Schutzverband Deutscher Automobilbesitzer (SVDA)“ für das Bundesgebiet ist in Stuttgart gegründet worden. Der neue Verband, der an allen größeren Plätzen des Bundesgebietes Geschäftsstellen einzurichten gedenkt, will sich für eine Senkung der Kraftfahrzeughaltungskosten (Kraftfahrzeugsteuer, Versicherungsprämie, Treibstoffe, Instandsetzungskosten, Garagenmieten usw.), für gerechte Preise für neue und gebrauchte Kraftfahrzeuge, die Verbesserung der Verkehrsstraßen aus Mitteln des KFZ-Steueraufkommens, die Errichtung von gebührenfreien Parkplätzen in den Städten und die Hebung der Verkehrsdisziplin einsetzen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern kostenlose Rechtsberatung und technische Beratung und vermittelt ferner An- und Verkäufe gebrauchter Fahrzeuge.

Eine D-Mark jetzt 5,609 Schilling

Die österreichische Nationalbank hat die internationale Parität des Schillings auf 21,36 Schilling für einen US-Dollar festgesetzt gegenüber bisher 14,40 Schilling. Der neue Verrechnungskurs entspricht dem bisherigen Misch- und Handelskurs des Schillings. Das bisherige Staffelsystem verschiedener Verrechnungskurse wurde teilweise aufgegeben. Neben dem neuen Grundkurs bleibt nur noch der schon bisher geltende Kurs von 26 Schilling für einen Dollar für den Touristen- und Kapitalverkehr in Kraft. Für die D-Mark gelten nach der Neufestsetzung der Parität des österreichischen Schillings folgende Verrechnungskurse: Deviseneinheitskurs 508,57 Schilling für 100 DM, Prämienkurs 619,05 Schilling, Noteneinheitskurs 298,44 Schilling und Notenprämienkurs 485,90 Schilling. Der Einheitskurs gilt für den gesamten Warenverkehr, für Veredelungslohne, für den Bahnrechnungsverkehr. Der Prämienkurs wird nur für den Reise- und den Kreditverkehr angewendet.

Gute Abschlüsse auf der Industrieausstellung

Gute Geschäftsabschlüsse zahlreicher Branchen haben sich auf der Berliner Industrieausstellung angebahnt. An erster Stelle liegen der Westberliner und westdeutsche Maschinenbau, gefolgt von der Elektroindustrie, der Bilmaschinen- und Textilindustrie, sowie der Glasporzellan- und keramischen Industrie. Die den ausländischen Ausstellern zur Verfügung gestellten Kontingente wurden bislang weitgehend in Anspruch genommen. Gute Abschlüsse werden auf Grund besonders hoher Nachfrage mit Skandinavien, Südafrika, Großbritannien, den USA und der Türkei erwartet.

WETTERLEUCHTEN UM INDONESIEN

Das ehemalige Niederländisch-Indien ist der letzte Ausläufer des asiatischen Kontinents. Würde man alle Inseln, die zu Indonesien gehören, aneinanderverschieben, dann würde die so entstandene Kette von Frankreich bis nach New York reichen.

Sein Reichtum besteht vornehmlich aus Gewürzen, Gummi, Zucker, Kaffee, Kakao und Tee. Wahrscheinlich birgt das Inselreich noch erhebliche Bodenschätze mehr.

Die Bevölkerung ist eine Mischung aller asiatischer Rassen. Vor vielen Jahrhunderten wanderten Leute aus politischen und religiösen Gründen vom asiatischen Festland ab und ließen sich auf den Inseln nieder, wo sie wieder als freie Menschen leben konnten.

Sie alle brachten ihre eigenen Religionen und Gebräuche mit, so daß man heute in Indonesien Mohammedaner, Buddhisten und Anhänger längst verschwundener Religionen finden kann.

Da alle Inseln des neuen Reiches im tropischen Gebiet liegen, ist das Leben sehr unkompliziert.

Djakarta, das uns unter dem Namen Batavia bekannt ist, wurde von der neuen Regierung Soekarno zur Hauptstadt bestimmt. Früher war es eine blühende Stadt, in der auch der verwöhnteste Europäer auf seine

Kosten kommen konnte. Seit dem Abzug der Holländer hat sich das Bild gewandelt. Die prunkvollen Autos sind aus dem Straßenbild verschwunden und in den Palästen der Holländer wohnen heute arme Malaien und Chinesen, von denen es hier einige Tausend gibt.

Die Intelligenzschicht des Landes bilden Indios. Es sind Mischlinge, die aus den Eben von Holländern mit eingeborenen Frauen hervorgegangen sind. Ihre Lage ist nicht gerade beneidenswert. Die Holländer bedienten sich ihrer früher, um die kleineren Beamtenstellen zu besetzen, erkannten sie aber nicht gesellschaftlich an. Im neuen Staat nimmt man ihnen die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Herren übel, so daß sie heute vielfach arbeitslos sind, obwohl im ganzen Land ein überaus großer Mangel an geschultem Personal besteht.

Indonesien könnte mit amerikanischer Hilfe schnell ein hochentwickeltes, wohlhabendes Land werden, wenn die Bewohner nicht so arbeitsscheu wären. Seit Menschengegenden brauchten sie sich nicht schwer zu mühen, da die Natur von selbst genügend liefert, um ein sorgenfreies Leben zu gestatten.

Die Regierung greift manchmal hart durch. Sie muß dies tun, wenn Indonesien frei und selbständig bleiben soll.

Das Herrenhaus am Bilafuß

Ein Abenteuer auf Sumatra / Von Lothar Schmelder

Es war die Zeit, als die Holländer noch Herrn von Indonesien waren.

Tief im Innern der Residenzstadt Laboehan-Batoo, an der Ostküste von Sumatra, lag die Tabakplantage Tolek. Der Besitzer, ein Holländer von Tyssen, den ich in Singapur kennenlernte, hatte mir eine dringende Botschaft gesandt. Einige Truppen und der Fakir Si-Margaga begleiteten mich.

Das Herrenhaus lag verwaist und verwahrloht am Bilafuß. Auf mein Klopfen erschien endlich der alte Diener. Nur ungern beugte er den Rücken, und sein undeutlich gemurmertes „Tabé Touwan“ klang wie ein Fluch.

Myrbeer Tyssen ließ dann nicht lange auf sich warten. Aber wie sah der Mann aus?

„Käpiten“, stöhnte er, „wie gut, daß Sie gekommen sind! Die Ratten verfolgen mich!“

„Erzählen Sie“, forderte ich ihn auf.

„Ich bin verflucht! Verdammte, mein Leben eine Qual! In meinen Kulihäusern, den Ställen, den Wohnungen der Aufseher keine einzige Ratte! Aber hier im Hause ist der Teufel los, sobald die Sonne untergeht! Zu hunderten, zu tausenden kommen sie aus dem Dschungel gezogen, um mich zu quälen und zur Verzweiflung zu treiben. Seit vier Monaten — jede Nacht Kämpfe — um das nackte Leben!“

Der Mann ist krank, dachte ich und blickte hilflos auf den Fakir; doch dieser hockte unbeweglich in einer Ecke.

„Wer ist der Mann?“ fragte der Pfleger. „Ein Fakir, dem der Prophet Zauberkräfte verliehen hat — ein Rechtsanwältler“, fügte ich leiser hinzu.

„Ich hasse diese Menschen“, fauchte der Holländer, „hören Sie — ja, es war vor vier Monaten, wir sahen uns damals in Singapur. Da tauchte vor mir ein ekelhaft schmutziger Fakir auf und zeigte sechs dressierte Dschungelratten, große Tiere, die vor den Gästen ihre Künste darboten mußten. Mir war die Szene widerlich. Ich gab meinem Unwillen laut Ausdruck. Als aber schließlich eine Ratte über meinen Schuh lief, gab ich dem Tier einen harten Stoß. Schnell erhob sich da der Fakir und warf mir einen finsternen Blick zu...“

„Ah, und nun glauben Sie, daß dieser Mensch seine Ratten sendet, um Sie zu quälen.“

„Sicher, sicher! Sehen Sie dort die Drahtgitter am Hause stehen? Mit diesen Gittern wird jeden Abend mein Bungalow umstellt. Und in diesem Käfig muß ich und mein treuer Diener vom Anbruch der Nacht bis zum

grauen Morgen ausharren, um von der Flut der Tiere geschützt zu sein.“

Da erhob sich Si-Margaga vom Boden, reckte sich und lauschte mit vorgeücktem Kopf, unbeweglich, wie ein Jäger, der das Wild erwartet. Seine Augen nahmen einen glasigen Ausdruck an, seine Lippen zickten seltsame Worte. Lärm erscholl vor dem Haus. Meine Soldaten stürzten herein und brachten den alten Diener, gefesselt.

Wir sprangen auf. „Wer befehlt euch, den Mann festzunehmen?“ rief ich.

Die Soldaten machten verwunderte Gesichter.

Si-Margaga gebot zu schweigen. Dann rief er aus: „Das ist er, der Herr der Dschungelratten, Montomo, der Gaulder, den ich suchte; Allah sei gepriesen, daß ich ihn fand, er wollte fliehen, aber die Soldaten hielten ihn auf meinen Befehl hin fest!“

„Warum wolltest du fliehen?“ herrschte ich den Diener an.

„Weil Si-Margaga stärker ist als ich!“

„Says, Herr“, nickte der Fakir. Auf meinen Wink schleppten die Soldaten zwei Kästen herbei. „Ratten!“ schrie Margaga.

„Es sind mehr als 50 abgerichtete Rattenweibchen, mit denen Montomo, der Fürst der Dschungelratten, seine Untertanen jede Nacht zum — Liebespiel anlockte und euch ängstigte!“

Und nun reckte er die Hände hoch und seine Stimme rollte wie der Donner eines anziehenden Gewitters: „Montomo, Montomo, du Abtrünniger der heiligen Lehre, im Namen Allahs, im Namen des Propheten, ich verfluche dich und fordere deinen Tod!“

Eine unheimliche Stille folgte seinen Worten. Endlich erhob sich von Tyssen.

„Warum tatest du das, Montomo? War deine Treue in den furchtbaren Nächten — Lüge?“

„Says“, lachte der Diener grell auf, „Lüge, Verstellung, um euch sicher zu machen. Jener Rattenfakir, der euch widerlich war und dessen Geschöpfe ihr verliert hattet — war ich. Drei Tage später war ich euer Diener — und rächte mich!“

„Anjing — Binatang!“ brüllte der Pfleger, und ehe es jemand verhindern konnte, ergriff er die schwere Whiskyflasche und schmetterte sie auf den Schädel des Verbrechens.

Zu Tode getroffen brach Montomo zusammen. Entsetzt packte mich. Schauerlich ertönten in die eingetretene Stille die Gebete des Fakirs Si-Margaga: „Allah! Allah! Mohammed! Mohammed! Dein Befehl ist erfüllt!“



Werden die friedlichen Menschen Indonesiens eines Tages wie z. B. die Einwohner Koreas, vor Bomben und Granaten fliehen? Werden, wie in Korea, die Kinder elternlos durch die Straßen irren? Es weiterleuchtet bereits um diesen jungen Staat, der noch „in Geburtswehen“ liegt, Indonesien ist ein landschaftliches Paradies. Die Indonesen — unser Bild zeigt Mutter und Kind aus Java — gelten als hübsche Menschen. Was fragen heutzutage Aggressoren noch nach dem Friedenswillen ihrer Nachbarn? (Foto: UP-Acme, Frankfurt)

„Brüder, ich bete um Stärke...“

Präsident Soekarno kennt die Gefahren der Zukunft

Am 2. November 1949, wurde in Den Haag zwischen den Niederlanden und Indonesien ein Vertrag unterzeichnet, der dem einstigen holländischen Kolonialreich die Unabhängigkeit und staatsrechtliche Selbständigkeit



Die Indonesische Republik, im wesentlichen aus den Inseln Sumatra und Java bestehend, ist das Kernstück des unabhängigen Staatenbundes der „Vereinigten Staaten von Indonesien“. Hierzu gehören alle auf unserer Karte schwarz bezeichneten Inselgebiete. Der größte Teil der gewaltigen Inselkette zwischen China und Australien ist somit in indonesischer Hand. Australien und Neuguinea verfolgen mit Aufmerksamkeit die politische Entwicklung des neuen Staates, der rund 1,5 Millionen Quadratkilometer umfaßt. Es ist nicht gleichgültig, wer in Indonesien tatsächlich den Ton angibt, Rot-China liegt ja nicht allzu weit

garantierte. Holländische Blätter bezeichneten dieses Datum als den schwärzesten Tag seit dem zweiten Weltkrieg.

Am 15. August 1950 hat nun Achmed Soekarno, der Präsident der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien (Indonesia Serikat) den Teilstaat Djokjakarta, der hauptsächlich aus den Inseln Sumatra und Java bestanden hatte, aufgegeben und am 16. August in Djakarta (Batavia) feierlich den Einheitsstaat proklamiert.

Diese ausgedehnte Gesamtrepublik, an deren Spitze Soekarno bleibt, wird sich in zehn riesige Provinzen gliedern, deren Einwohnerzahl sich auf insgesamt 70 Millionen beläuft. Borneo allein wird eine einzige Provinz bilden. Die Autonomie der Provinzen auf kulturellem Gebiet, nicht aber auf politischem Gebiet wird erhalten bleiben.

Der sozialen und sprachlichen Verschiedenheit ihrer Bevölkerung wird ebenfalls Rechnung getragen werden. Die Verfassung soll auf demokratischer Basis stehen. Eine der Hauptaufgaben der Regierung wird

der Kampf gegen das Analphabetentum sein, da 97 Prozent der indonesischen Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann.

Es hatte viele Kämpfe gekostet, dem Inselvolke, das bisher unter holländischer Herrschaft gestanden hatte, die Freiheit zu schenken, denn die ehemaligen Herren des reichen Gebietes waren nicht allzu begeistert von dem Gedanken, das reiche Land aufzugeben.

Die Holländer beobachteten mit wachenden Augen die Entwicklung des neuen Staatenbildes. Sie fürchten bereits um Neuguinea.

Was Neuguinea sein kann, das hat sich 1942 beim japanischen Einbruch gezeigt, der den letzten Australier als Nachbarn der Rieseninsel in höchsten Alarm versetzte.

Heute ist das Riesengebiet Neuguinea (mit 771.000 Quadratkilometern fast dreimal so groß wie Großbritannien mit Nordirland) zu Hälfte australisch, zur Hälfte holländisch. Hier hat Holland nach seinem Gouverneur van Waardenburg, einen sehr dynamischen und tüchtigen Mann, Indonesien aber fordert auch dort die Nachfolge.

Der australische Außenminister hat bereits die niederländische Regierung wissen lassen, daß in dem Falle, daß Holland seinen Kolonialbesitz in Neuguinea nicht energisch zu verteidigen gewillt ist, es zur Selbsthilfe greifen müßte. Man werde einen Anspruch Indonesiens auf Neuguinea keinesfalls anerkennen.

Nicht mit Unrecht ist Indonesien als ein „Staat in Geburtswehen“ bezeichnet worden. Die großen Gegensätze zwischen einst und jetzt, zwischen Gegenwart und Zukunft zeichnen sich bereits unheilvoll an politischen Himmel ab. „Es weiterleuchtet um Indonesien“ verkünden die Schlagzeilen der großen Zeitungen. Die Zeit der Kolonialvölker scheint endgültig vorüber zu sein.

Wer wird die Nachfolge der Conquistadoren, der Eroberer alter Schule, antreten? Wer wird einbrechen in die weiten, fruchtbaren Gebiete, von deren Ausdehnung wir uns keine Vorstellung machen können, wenn die nicht allzu arbeitswilligen Eingeborenen versagen? Wird das Beispiel Chinas Schule machen?

Auch in Indonesien selbst ist man nicht allzu optimistisch bezüglich der Zukunft. Man befürchtet, Holland habe sein verlorenes Paradies noch nicht vergessen und könne Neuguinea eines Tages als Stützpunkt für einen Angriff auf Indonesien benutzen.

Man sieht aus allem, daß der Präsident des jungen Staatenbildes vor sehr schweren Aufgaben steht.

Er muß sein eigenes Land, das ja heute noch zum größten Teil brach liegt, und in dem eine große Armut herrscht, so stark machen, daß es dem äußeren wie dem inneren Feinde erfolgreich Widerstand leisten kann.

Die USA haben Indonesien eine Anleihe von mehreren Millionen Dollar angeboten. Soekarno weiß genau, daß er keiner leichten Zeit entgeht. Er hat nicht unsonst bei seiner Antrittsrede gesagt:

„Brüder, ich bete um Stärke! Es gilt, die Leere, die Freiheit heißt, auszufüllen!“



Der Ackerbau in Indonesien wird mit primitiven Mitteln betrieben. Während die Hauptstadt Indonesiens, Djakarta (früher Batavia) größtenteils ein modernes Gepräge zeigt, ist das Land noch sehr rückständig. Typisch für den Ackerbau auf Java, ist dieser einfache Holapflug.